

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
17/365

A05, A15

**Statement zur Anhörung "Demokratie leben, Demokratie schützen, für
Demokratie werben – Politische Bildung muss alle mitnehmen!"
Hauptausschuss, 15. März 2018**

In einem modernen Begriff von Bildung ist „politische Bildung“ nicht etwas, was zur Bildung hinzukommt sondern ein Anwendungsfall von Bildung.

Politische Bildung heißt demgemäß, mit der notwendigen Sachkenntnis in politischen Fragen urteilsfähig zu sein.

Politische Bildung erwirbt man im Alltag, aber ebenso in eigens für Bildungszwecke eingerichteten Institutionen – von denen die Schule zwar die erste, aber nicht die einzige ist.

Nahezu alle politisch agierenden Institutionen sehen es als eine ihrer Aufgaben an, die Bürger mit der nötigen Sachkenntnis zu versorgen und sie zu handlungsbezogenem Urteilen herauszufordern.

Dazu muss man unterscheiden

- zwischen jenen Institutionen, die zum Zwecke der Eigenwerbung oder Präsentation ihrer politischen Ziele Informationen verbreiten und um Aufmerksamkeit und Mitarbeit werben, wie etwa Parteien, Interessenverbände oder Gewerkschaften.
- Und jenen Institutionen, die im Hinblick auf die allgemeine Bildung des Menschen auch die politische Bildung thematisieren, wie eben der schulische Unterricht, die Volkshochschulen oder andere Institutionen der Erwachsenenbildung. Von ihnen nur möchte ich sprechen. Die anderen nämlich müssen für sich selbst sorgen.

Da staatliche Geldmittel begrenzt sind, muss die Politik Prioritäten setzen.
Zukunftssicherung geht bei einer Politik, die nachhaltig sein will, vor
Gegenwartsgestaltung.

Für die *Gegenwartsgestaltung* haben wir zudem ein ausgezeichnetes öffentlich-rechtliches Rundfunksystem, das man finanziell gut, vielleicht sogar besser ausstatten muss; eine meinungsfreudige Qualitätspresse sowie interaktive Medien und zahllose Bibliotheken, Bildungshäuser und Volkshochschulen in Stadt und Land, die ihre Aufgaben der politischen Bildung kennen.

Da das politische Handeln zu jenen grundlegenden Aufgaben gehört, in denen Individuum und Gemeinschaft ihren Umgang aushandeln und regulieren, gehört die politische Bildung als existenzieller Inhalt unbedingt und von Kindheit an in den engeren Pflichtbereich der staatlich verantworteter Bildungsprozesse. Die regulative Idee staatlich verantworteter Bildungsprozesse ist nun nicht die Werbung für den einen oder anderen Akteur im politischen Handlungsfeld. Ihre Idee ist vielmehr die Befähigung des Einzelnen, um des Gemeinwohls willen politisch zu urteilen und zu handeln.

Daher *muss* der Bildungsbereich auch so organisiert sein, dass alle Bürger bei Abschluss der vorgeschriebenen Pflichtschulzeit durch Wissen und Schulung der Urteilskraft zum politischen Handeln befähigt werden. So steht es auch im Schulgesetz. Ich darf einfach den Gesetzestext, der hier im Haus verabschiedet wurde, zitieren:

(2) Die Jugend soll erzogen werden im Geist der Menschlichkeit, der Demokratie und der Freiheit, zur Duldsamkeit und zur Achtung vor der Überzeugung des anderen, zur Verantwortung für Tiere und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, in Liebe zu Volk und Heimat, zur Völkergemeinschaft und zur Friedensgesinnung."

Die erste und Hauptsorge staatlich geförderter politischer Bildung muss es also sein, zu gewährleisten, dass in der *Planung* und in der *Umsetzung* dieser Gesetzesauftrag auch tatsächlich erfüllt wird.

Die berechtigte Sorge um die politische Bildung der Bürger, müsste also zuallererst herauszufinden suchen, ob die zentrale Institution Schule diesem Anspruch auf politische Bildung in Planung und Durchführung genügen *kann*.

Bevor also neue Institutionen eingerichtet werden, müsste man zuerst herausfinden,

- ob die bestehenden Institutionen (ich meine Kindergarten und Schule) ihren Gesetzesauftrag auch erfüllen und erfüllen *können*.
- Falls dies nicht der Fall sein sollte, wären die Gründe hierfür zu suchen.
- Sodann wäre zu prüfen, ob die vorhandenen Möglichkeiten auch tatsächlich ausgeschöpft werden – und falls nicht:
- Warum dies nicht geschieht.

Wenn dann die Schule als zentrale Institution einer verpflichtenden politischen Bildung angemessen ausgestattet und organisiert ist, so dass man prüfen kann, ob sie ihre Aufgabe erfüllt, dann, aber eben auch erst dann, wäre zu fragen, ob weiterer Handlungsbedarf besteht.

Vorab aber und ohne Bestandsaufnahme einfach eine neue Institution einzurichten, wäre so, als würde man bei einem Auto, das nicht anspringt, sogleich den Abschleppdienst bestellen, ohne zu prüfen, ob die Batterie noch tauglich ist. Überprüfen wir erst einmal die Batterien.

Wenn man nun die öffentliche Diskussion um Schulen betrachtet, können allerdings Zweifel aufkommen, ob an Schulen die zur politischen Bildung nötigen Möglichkeiten tatsächlich auch genutzt werden können:

- Die öffentlichkeitswirksamen PISA-Studien zumindest widmen der Frage der politischen Bildung seit 18 Jahren keinerlei Aufmerksamkeit. Bei PISA kommt politische Bildung nicht vor, obwohl man doch angibt, Basiskompetenzen des Bildungssystems messen zu wollen. Nach meinem Dafürhalten ist politische Bildung eine Basiskompetenz. So steht es auch im Schulgesetz.
- Lehrende an Schulen müssen in ihrem Alltag daher oft die Erfahrung machen, dass ihr Engagement für die politische Bildung ihrer Schülerinnen und Schüler öffentlich nicht gewürdigt, ja nicht einmal wahrgenommen wird. Stattdessen erfolgt ein Ranking nach Kriterien, die keiner kennt. Wer politische Bildung fordert, weil sie zu wenig stattfindet, muss also hier eine Schiefelage zurechtrücken.
- Wer politische Bildung will, muss jene Fächer ernst nehmen, die gerne, aber zu Unrecht, als *Weiche Fächer* bezeichnet und dadurch marginalisiert werden. So wurde im Jahr 2012 der Pädagogikunterricht in der gymnasialen Mittelstufe zurückgeschnitten – also ein Fach faktisch mit weniger Aufmerksamkeit belegt, in dem politisches Handeln und eigene Identität in Interferenz gebracht werden: Es gibt kein pädagogisches Thema, das nicht zugleich auch ein politisches Thema wäre und politische Relevanz hätte. Hier wäre schnell und konkret ein Missstand in der politischen Bildung zu beseitigen. Kostenneutral übrigens.
- Im Zuge der G8 Orientierung wurde das Fach Geschichte inhaltlich ausgedünnt: „Der Landesverband der Geschichtslehrer verbreitet diese Einschätzungen: Die Schüler lernen zu wenig Geschichte. In Nordrhein-Westfalen noch viel weniger als in anderen Ländern. Ein Grund: Die Umstellung auf G8. Während in den 1970er Jahren Geschichte meist durchgehend von Klasse 6 bis 10 gegeben wurde, waren es später in der Mittel- und Unterstufe nur vier Schuljahre und heute: drei.“¹ Die eigene politische Zukunft kann aber nur gestalten, wer die Irrtümer und Leistungen der Vergangenheit kennt – um gemachte Fehler künftig zu vermeiden und erfolgreiche Strategien als Anregung zu nehmen. Hier ist sicher Handlungsbedarf.

Ich könnte nun alle Fächer durchgehen – und etwa die Frage stellen, ob die Lesekompetenz, deren Mangel wir öffentlich beklagen, auch dadurch mit neuer Bedeutung versehen werden könnte, dass sich die zu lesenden Texte mit Fragen der politischen Zukunft beschäftigen, und nicht mit Busfahrzeiten, Tortendiagrammen und anderen Gebrauchstexten – so, wie die wenigen veröffentlichten PISA-Tests es

¹ <https://www.derwesten.de/politik/schueler-und-lehrer-klagen-ueber-zu-wenig-geschichtsunterricht-in-nrw-id7885143.html>

vorgeben. Hier sollten in Zukunft politisch bildende Inhalte vor formalen Testverfahren Bedeutung bekommen.

Im neuen Fach Wirtschaft wäre Raum für das, was man früher einmal politische Ökonomie nannte.

Und selbst Religionsunterricht hat in Zeiten des politischen Fundamentalismus eine politische Dimension. Auch ihn muss man stärken, wenn man politische Bildung will.

Meine Empfehlung wäre:

- Prüfen Sie (z. B. anhand der Lehrpläne), ob die Inhalte an den Schulen der Förderung der politischen Urteilskraft sachlich entsprechen? Stimmen die Lehrpläne noch?
- Fragen Sie die Schulen, ob sie das, was ihnen vom Schulgesetz aufgetragen ist, auch erreichen können. Ob Sie genügend Zeit, Ausstattung und Personal für die zentrale Aufgabe der politischen Bildung haben.
- Helfen Sie den Schulen dort finanziell, mit Personal und durch öffentliche Wertschätzung, wo sie aus eigener Kraft diese ihre Aufgabe nicht wahrnehmen können.

Dann hätten wir bald schon eine neue Generation, die politische Urteilskraft erworben hat und nun im Alltag sich lebenslang weiterbilden kann. Mit den neuen interaktiven Medien, Fernseher, mit den alten Medien, in den großartigen Bildungshäusern.

Wenn all dies erfolgt ist, könnte man weitere Maßnahmen initiieren, die sicherlich bedenkenswert wären.

Prof. Dr. V. Schmidt